

österreichischen Bevölkerung entsprechen. Die Schwäche dieser Stichprobenziehung liegt darin, dass es sich um keine Zufallsstichprobe handelt und folglich die Daten nur bedingt als repräsentativ für Österreich eingestuft werden können. Die große Stärke der österreichischen VIC-Studie liegt darin, dass über die genannten drei Erhebungswellen auch im Längsschnitt Analysen möglich sind, weil jeweils mehr als 1 000 Befragte an mindestens zwei und insgesamt 747 Befragte an allen drei Erhebungswellen teilgenommen haben. Insofern ermöglichen die Daten insbesondere die Analyse von Veränderungen in den Einstellungen und Wertorientierungen der Befragten im Zeitverlauf, die Aufschluss über die gesellschaftlichen Krisenfolgen geben.

5 Übersicht über die Beiträge des Sammelbandes

Nachdem nun die Ausrichtung des Sammelbands bestimmt, die aktuellen Krisen der Gegenwart im soziologischen Verständnis eingeordnet, der Verlauf der sozial turbulenten Zeitspanne von der Pandemie zur gegenwärtigen Mehrfachkrise 2020-2022 skizziert und die Datenbasis unseres Buches vorgestellt wurde, soll der letzte Abschnitt eine erste Übersicht über die zentralen Themen und Beiträge des Buches bieten. Die Beiträge fokussieren sich auf die Folgen der Corona-Pandemie in unterschiedlichen Sphären der Gesellschaft: (1.) auf die *ökonomische Sphäre* und dabei den Wandel der Arbeitswelt sowie die Verschränkung (objektiver und subjektiver) sozialer Ungleichheiten in Österreich, (2.) auf die *sozialen Folgen* der Pandemie und potentiell andauernde Wirkungen mit Blick auf sich wandelnde Geschlechterrollen, Veränderungen im Wohlbefinden, im Sozialvertrauen sowie im solidarischen Handeln der Österreicher*innen sowie (3.) auf die *Sphäre politischer Einstellungen und möglicher Wertepolarisierungen* in der österreichischen Gesellschaft. Der Band untersucht auch das Ausmaß aktueller Fragmentierungen in der österreichischen Gesellschaft, die in themenspezifischen Beiträgen zum politischen Vertrauen, zu Zukunftsvorstellungen und -erwartungen, zu Corona-Protestbewegungen und zu klimabezogenen Einstellungen aufgegriffen werden. Spezifische ‚Empirische Einblicke‘ runden das facettenreiche Bild zu den Auswirkungen der Pandemie in Österreich ab und eröffnen weitere Einsichten zu den ideologischen Grundpositionen der Österreicher*innen, zur Akzeptanz der staatlichen Umverteilung je nach sozialer Lage und zur Anfälligkeit für Verschwörungsglaube je nach räumlicher Verortung.

Eingangs untersuchen *Anja Eder, Wolfgang Aschauer* und *Markus Kreuzberger* die Wünsche und Vorstellungen zur zukünftigen Gesellschaft in der österreichischen Bevölkerung und schließen mit ihren Analysen an einen früheren Beitrag zur weiteren Ausrichtung der Gesellschaft nach Bewältigung der Pandemie an (Aschauer, Eder & Höllinger, 2022). Die Wünsche und Erwartungen beziehen sich vor allem auf Fragen der Einkommensgerechtigkeit (mit Bezug auf Berufe im Handel und in der Pflege), des Umwelt- und Klimaschutzes und der österreichischen Zuwanderungspolitik. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass sowohl die (realistischen) Zukunftserwartungen als auch die Zukunftswünsche von 2020 bis 2022 bemerkenswert stabil geblieben sind. Zugleich lassen sich erhebliche Unterschiede zwischen Wunsch und Erwartung beobachten, insofern, als die Menschen überwiegend nicht daran glauben, dass sich ihre Wünsche an die gesellschaftliche Entwicklung auch in die Realität umsetzen lassen. Dies deutet auf ein gewisses Ausmaß an (politischer) Desillusionierung in der Bevölkerung hin. Weiterführende Analysen legen nahe, dass sich die Zukunftsvorstellungen weniger nach Alter, Geschlecht und Bildung, sondern vielmehr nach vorhandenen Werteprioritäten und politischer Parteipräferenz unterscheiden.

Der anschließende Beitrag von *Wolfgang Aschauer* und *Dimitri Prandner* bezieht sich auf die Krisenwahrnehmungen der Österreicher*innen. Die Autoren zeigen auf, wie objektive Ungleichheiten (gemessen über Berufsklassen) mit Desintegrationswahrnehmungen verschränkt sind und welche sozialen Klassen im Übergang von der Pandemie zur Energie- und Inflationsskrise besonders betroffen sind. Dabei interessieren sie sich vor allem für gegenwärtige Antriebskräfte des grassierenden Zukunftspessimismus in Österreich, der aus ihrer Sicht stark durch die Krisenwahrnehmungen bedingt ist. Die Ergebnisse zeigen ein differenziertes Bild: *Zukunftspessimismus* steigt im Übergang zur aktuellen Inflationsskrise weiter an, und es sind 2022 vor allem die älteren Menschen, die angesichts der aktuellen Krisen eine pessimistische Haltung einnehmen. Die Klassenzugehörigkeit beeinflusst insbesondere die ökonomische und politische Krisenwahrnehmung, wobei diese nur indirekt (über die Desintegrationsprozesse) auf Zukunftspessimismus wirkt.

Christopher Etter, Christoph Glatz und *Otto Bodi-Fernandez* widmen sich in ihrem Beitrag dem wichtigen Thema der potentiellen Einschränkungen des subjektiven Wohlbefindens durch die Erfahrungen der Pandemie. Sie analysieren dabei sowohl die aktuelle Lebenszufriedenheit als auch die mentale Gesundheit. Die Autoren behandeln die Themen aus einer soziolo-

gischen Perspektive, indem sie Gruppen identifizieren, die besonders stark von den Folgen der Pandemie betroffen waren (wie etwa gesundheitliche Risikogruppen, Alleinlebende und beruflich besonders Betroffene). Die Ergebnisse zeigen, dass die Lebenszufriedenheit von 2020 auf 2021 im Schnitt gesunken ist, wobei sie in den meisten Bevölkerungsgruppen seither auf niedrigerem Niveau stagniert. In weiterer Folge wird näher untersucht, inwiefern die mentale Gesundheit und Lebenszufriedenheit durch soziale und materielle Ressourcen beeinflusst werden und ob diese Einflussfaktoren zwischen verschiedenen Phasen der Pandemie variieren. Dabei zeigt sich, dass insbesondere die *gefühlte Prekarität* (Kraemer, 2009) sowohl in finanzieller Hinsicht als auch im Sinne einer fehlenden Einbettung in die Gesellschaft negativ auf die Lebenszufriedenheit wirkt. Im Zeitverlauf wird gezeigt, dass bei einer Entspannung der finanziellen Lage sowie auch einer stärkeren sozialen Eingebundenheit ein Erholungseffekt auf die mentale Gesundheit eintritt, der sich jedoch nicht bei den jüngeren Befragten zeigt. Insofern sollte in zukünftigen Untersuchungen darauf geachtet werden, ob die Krise bei Jüngeren längerfristige Folgen zeitigt.

Alexander Seymer und *Martin Ulrich* betrachten in ihrem Beitrag die Entwicklung des Vertrauens in die Politik und in verschiedene Institutionen, im Besonderen in Regimeinstitutionen (Bundesregierung, Parlament), aber auch in Institutionen, die für die Performanz des politischen Systems verantwortlich sind (Handel/Industrie, Gesundheits-, Bildungs- und Justizsystem). In Anlehnung an Easton (1965; 1975), Fuchs D. (1989) und Norris (2017) gehen die Autoren davon aus, dass das politische Vertrauen der Menschen eine grundlegende Voraussetzung für den Fortbestand eines politischen Systems darstellt, und untersuchen, ob und wie die Zufriedenheit mit dem Pandemiemanagement der Bundesregierung und eine potentielle Müdigkeit hinsichtlich der Corona-Maßnahmen vor allem das politische Vertrauen beeinflussen. Die Ergebnisse zeigen, dass den Regimeinstitutionen weniger Vertrauen entgegengebracht wird als den anderen Institutionen der Regimeperformanz. Aus den weiterführenden Analysen lässt sich erkennen, dass die Zufriedenheit mit dem Pandemiemanagement und die Müdigkeit hinsichtlich der Corona-Maßnahmen den Rückgang des politischen Vertrauens im Zeitverlauf erklären.

Franz Höllinger befasst sich in seinem Beitrag eingehend mit den Corona-Maßnahmenkritiker*innen und greift die These auf, dass befürwortende und kritische Haltungen auch mit konventioneller Religiosität und spirituell geprägten Weltanschauungen in Verbindung stehen könnten. Die kritische Haltung zu staatlichen COVID-Maßnahmen und insbesondere

zur Covid-19-Impfung führt Höllinger im spirituellen Milieu auf eine kritische Sichtweise auf die Schulmedizin zurück. Diese entstehe (auch) aus der Präferenz heraus, Krankheiten auf natürlichem Weg zu bekämpfen, wobei auch die spirituelle Praxis selbst als ein Weg zur Förderung und Aufrechterhaltung der eigenen Gesundheit betrachtet würde. Höllinger zeigt, dass spirituell orientierte Personen (die von religiösen Personen getrennt analysiert werden können) die Impfung häufiger ablehnten, sich aber hinsichtlich der Einstellung zu sonstigen Corona-Schutzmaßnahmen (Testen, Maskentragen, Schließung von öffentlichen Einrichtungen) kaum von anderen Gruppen unterschieden. Spirituell orientierte Personen scheinen auch eine stärkere Affinität zu COVID-19-bezogenen Verschwörungsmythen im Vergleich zu religiösen Personen zu haben, sie weisen aber nur bedingt eine Präferenz für die FPÖ auf. Sie tendierten stärker zur neu gegründeten MFG-Partei, die während der Pandemie Maßnahmen-Gegner*innen erfolgreich ansprechen konnte.

Lara Zwitteringer, Nadine Zwiener-Collins und Zoe Lefkofridi befassen sich in ihrem Beitrag mit genderspezifischen Folgen der Pandemie. Sie analysieren, ob sich die pandemiebedingten Veränderungen im Arbeits- und Familienleben auf die Einstellungen zu Geschlechterrollen ausgewirkt haben. Sie argumentieren auf Basis der Theorie der kognitiven Dissonanz (Festinger, 1962), dass die genderspezifischen Dynamiken in der Pandemie eine Anpassung von Einstellungen mit sich bringen, vor allem dann, wenn die Einstellungen mit den pandemiespezifischen Handlungsmodi in Konflikt stehen. Eine Veränderung der Arbeitsverteilung zwischen den Geschlechtern könnte durch pandemie-induzierte Folgen wie Kurzarbeit, Homeoffice und vermehrte Betreuungspflichten eingetreten sein. Allgemein wird von den Autorinnen im Zeitverlauf ein Trend in Richtung egalitäre Geschlechterrollen bei Müttern und ein Trend in Richtung traditionellere Einstellungen bei Vätern festgestellt, wobei diese Tendenzen vor allem bei betreuungspflichtigen Kindern im eigenen Haushalt ersichtlich sind. Dabei dürften tatsächlich massive Veränderungen im Arbeits- und Familienleben unterschiedliche Effekte nach sich ziehen. Männer, die in die Kinderbetreuung stärker involviert waren, zeigten in der Pandemie Tendenzen in Richtung Egalitarismus, während bei Frauen, die die Hauptlast der Betreuung zu tragen hatten, eine Re-Traditionalisierung zu beobachten ist. Die Aufhebung der räumlichen Trennung zwischen dem Arbeits- und Familienleben im Homeoffice dürfte somit tatsächlich zu einer Anpassung der eigenen Geschlechterrollenkonzepte geführt haben, wobei die Aufteilung der Betreuungspflichten eine wesentliche Einflussgröße darstellt. Auch bei

Kurzarbeit zeigen sich Effekte in diese Richtung, wobei die Ergebnisse nicht durchgehend statistische Signifikanz erreichen.

Nina-Sophie Fritsch, Bernd Liedl und Sophie Wyatt beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit den Herausforderungen am österreichischen Arbeitsmarkt und der Sorge der österreichischen Bevölkerung um den eigenen Arbeitsplatz im Lauf der Pandemie. Kurzarbeit und Umstiege ins Homeoffice waren wesentliche Instrumente, um den teilweise verringerten Arbeitskräftebedarf durch staatliche Maßnahmen auszugleichen und Arbeitslosigkeit zu verhindern sowie die Erwerbsarbeit in Zeiten von Social Distancing und Lockdowns zumindest auf digitalem Wege zu ermöglichen und dabei das Gesundheitsrisiko zu reduzieren. Die Autor*innen verweisen darauf, dass im ersten Jahr der Pandemie zirka 111 000 Frauen und 132 000 Männer arbeitslos, im April und Mai 2020 zirka 1,3 Millionen Personen zur Kurzarbeit gemeldet waren und zudem 1,5 Millionen Menschen von zu Hause aus arbeiteten (AMS, 2023), was deutlichen Anstiegen in allen Bereichen entsprach. Im Beitrag werden die Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen am österreichischen Arbeitsmarkt aus einer längerfristigen Perspektive betrachtet und dabei auch die spezifischen Veränderungen während der Pandemie gezielt in den Blick genommen. Darüber hinaus werden die Angaben zu den ‚subjektiven‘ Sorgen der Menschen um ihren Arbeitsplatz eingehend empirisch untersucht. Die Ergebnisse hierzu machen deutlich, dass die realen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie auch die Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz erhöhen. Aber auch eine besonders lange Verweildauer im Homeoffice scheint die Angst zu befördern, den Arbeitsplatz zu verlieren. Die Autor*innen plädieren dafür, dass eben diese Sorgen und Ängste der Menschen im Hinblick auf den Arbeitsmarkt in Zukunft stärker berücksichtigt werden sollten.

Im zweiten Teil des Buches folgen sodann vier Forschungsnotizen. In einer ersten Forschungsnotiz untersuchen *Katrin Hasenhuber und Dimitri Prandner*, ob sich die Relevanz von Lebensbereichen in der Krise verändert hat. Dabei zeigt sich, dass für die Teilnehmenden der VIC-Studie die Bedeutung zentraler Lebensbereiche wie Familie, Partnerschaft, Freundschaft, Arbeit, Freizeit und Politik auch in der Pandemie ähnlich blieb. Einzig bei den Lebensbereichen Familie sowie Freund*innen stieg die Relevanz in der Pandemie; dieser bereits vor der Pandemie festgestellte „Trend zum Mikrosozialen“ (Aichholzer et al., 2019) setzte sich im Zuge der Pandemie allerdings nur in geringem Ausmaß fort. Dabei war im Besonderen die jeweilige Lebenssituation für die Urteile entscheidend: Lebensbereiche wie Familie, Kinder und Freund*innen haben besonders für Frauen und

Familien mit Kindern hohe Bedeutung. Freizeit ist für jene in regulären Arbeitsverhältnissen wichtiger. Politik und Arbeit werden generell als wenig zentral gesehen, was einen pandemiebedingten Umbruch verdeutlichen könnte.

In einer weiteren Forschungsnotiz greifen *Otto Bodi-Fernandez*, *Karina Fernandez* und *Alfred Grausgruber* die Frage auf, wie sich die Solidarität in der Gesellschaft im Verlauf der Krise zwischen 2020 und 2022 verändert hat. Dabei gehen die Autor*innen davon aus, dass sozialer Zusammenhalt eine wesentliche gesellschaftliche Ressource zur Bewältigung der Folgen der Corona-Krise darstellt. Aufbauend auf der Feststellung, dass insbesondere in der Anfangsphase der Corona-Pandemie sowohl das zwischenmenschliche Vertrauen (Sozialvertrauen) als auch das Solidaritätsgefühl in der Bevölkerung sehr hoch waren, verweisen die Ergebnisse auf deren Rückgang mit Voranschreiten der Pandemie. Im Zeitverlauf weisen die Autor*innen einen Verlust an Solidarität nach; zudem illustrieren sie, dass psychische Ressourcen, Wertorientierungen und Vertrauen signifikante Einflüsse auf die wahrgenommene Solidarität darstellen. Die Autor*innen resümieren jedoch, dass diese Aspekte im Verlauf der Pandemie weniger relevant werden und wieder in den Hintergrund treten.

Janine Heinz wirft in ihrer Forschungsnotiz die Frage auf, inwiefern die Corona-Krise in Österreich in Anlehnung an die Arbeiten von *Carolin Amlinger* und *Oliver Nachtwey* (2022) einen „libertären Autoritarismus“ hervorgebracht hat und welche Entwicklungen diesen befördern könnten. Auch in Österreich kann eine Gruppe identifiziert werden, die individuelle Freiheit nicht relativ, sondern als ein absolutes Recht auffasst und jeden staatlichen Eingriff in die Privatsphäre – auch während einer globalen Pandemie – als Angriff auf die individuelle Freiheit sieht. Demgegenüber stehen aber auch andere Gruppen: jene Personen, welche die Maßnahmen rückblickend für gerechtfertigt ansehen, die Gesundheit als wichtigeres Gut als die Freiheit betrachten und (potentielle und tatsächliche) Todesfälle als schlimmste Auswirkung beurteilen. Zwischen diesen Polen identifiziert die Autorin eine weitere Gruppe, welche versucht, beide Positionen abzuwägen. Die Ergebnisse zeigen, dass jene, welche Freiheit über die Gesundheit stellen, sich durch liberale, aber nicht durch vermehrt libertäre Werthaltungen auszeichnen. Die Gruppe weist auch erhöhte Anzeichen einer stärker ausgeprägten gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auf und neigt eher dazu, an Corona-Verschwörungstheorien zu glauben. Heinz resümiert auf Basis ihrer Befunde, dass sich die These von *Amlinger* und *Nachtwey* (2002) empirisch für Österreich nur teilweise bestätigen lässt und weitere

differenzierte Analysen erforderlich sind, um neue Ausformungen des Autoritarismus zu ergründen.

In einer letzten Forschungsnotiz befassen sich *Matthias Penker, Rebecca Wardana, Beate Klösch* und *Markus Hadler* mit Fragen rund um die Umwelt- und Klimakrise, die von der Pandemie und ihren Auswirkungen zumindest in den Jahren 2020 und 2021 stark überlagert wurde. Konkret untersuchen die Autor*innen, ob sich die Bereitschaft, für die Umwelt zu handeln (höhere Steuern und höhere Preise zu bezahlen und Abstriche im Lebenswandel in Kauf zu nehmen) in der österreichischen Bevölkerung im Zuge der Pandemie verändert hat. Die Ergebnisse zeigen einen geringfügigen Rückgang der Bereitschaft, für die Umwelt zu handeln, von 2021 auf 2022. Die Autor*innen führen diesen Befund darauf zurück, dass in Zeiten steigender finanzieller Nöte die Bereitschaft höhere Preise und Steuern zu zahlen, sinken würde. Auf der individuellen Ebene verweisen die Ergebnisse, übereinstimmend mit bisherigen Studienergebnissen, auf eine ausgeprägte Stabilität der Bereitschaft zu umweltgerechtem Verhalten hin. Aus dem leichten Rückgang des Umweltengagements auf der Aggregatebene und der Stabilität auf der Individualebene schließen die Autor*innen, dass es wohl lediglich bei einer geringen Zahl an Personen zu einer substantiellen Veränderung im Zeitverlauf gekommen sei.

Der dritte Teil des Buches umfasst vier ‚Empirische Einblicke‘. In einem ersten ‚Empirischen Einblick‘ geht *Katrin Hasengruber* der Frage nach, wie die Österreicher*innen den Einfluss der Krise(n) auf ihr Einkommen wahrgenommen haben. Die Autorin zeigt, dass sich unterschiedliche Typen der subjektiven finanziellen Lage unterscheiden lassen und dass Bildung eine Schutzfunktion ausüben dürfte. So gaben knapp 60 Prozent der Befragten der VIC-Studie an, über die gesamte Pandemie hinweg in einer abgesicherten finanziellen Lage gewesen zu sein, wobei Transferleistungen des Sozialstaates und pandemiespezifische staatliche Leistungen mit dafür verantwortlich gewesen sein dürften (Christl et al., 2022; Kucsera & Lorenz, 2021). Spannend sind jedoch jene, die sich als subjektive Verlierer*innen und Gewinner*innen der Pandemie sehen: Die Gewinner*innen sind im mittleren Bildungssegment zu finden (Matura, Kollegabschluss oder Meisterprüfung) und dürften laut Hasengruber insbesondere von Kurzarbeit und Hilfgeldern im Jahr 2022 profitiert haben. Auffällig ist, dass auch jene, die zu Beginn der Pandemie als besonders Betroffene identifiziert wurden – Jüngere und Frauen – (Haas et al., 2021), sich schlussendlich oftmals als Gewinner*innen sahen. Die Verlierer*innen sind weitestgehend Personen mit bereits vorab geringem Einkommen sowie formal niedrig gebildete Per-

sonen. Hasengruber sieht folglich durchaus Anzeichen einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten durch die Pandemie.

Judith Derndorfer, Tamara Premrov und Matthias Schnetzer thematisieren in ihrem ‚Empirischen Einblick‘ ebenfalls Themen der sozialen Gerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit, die angesichts der gegenwärtigen Inflations- und Wirtschaftskrise sowie im Kontext der Zuwanderung auch in Zukunft große Relevanz besitzen werden. Konkret untersuchen die Autor*innen die Einschätzungen der eigenen finanziellen Situation der Menschen in Österreich, ihre Wahrnehmungen und Bewertungen einer gerechten Verteilung und ihre Präferenzen für staatliche Umverteilung im Verlauf der Pandemie. Die Ergebnisse zeigen, dass nicht nur Menschen mit kleinen Einkommen, sondern auch Befragte mit mittleren Einkommen über finanzielle Sorgen in den Jahren der Pandemie berichteten. Mit diesem Befund korrespondierend zeigen die Autor*innen auf, dass der Anteil jener gestiegen ist, die angaben, weniger als den gerechten Anteil zu erhalten. Zeitgleich lässt sich in den Pandemie Jahren ein starker Wunsch nach staatlicher Umverteilung (der Einkommen) beobachten, wobei auch die Befürwortung einer Besteuerung von Erbschaften eine deutliche Zustimmung erfährt.

Martin Ulrich geht in einem weiteren ‚Empirischen Einblick‘ der Frage nach, ob und inwiefern sich politische Ideologien im Laufe der Pandemie verändert haben. Er greift auf die von ihm entwickelte POLID-Skala (Ulrich 2021) zurück, die sich auf vier zentrale ideologische Kernüberzeugungen fokussiert: Libertarismus, Konservatismus, Sozialismus und Liberalismus. Die Ergebnisse weisen auf eine deutliche Stabilität und damit auf eine Krisenfestigkeit dieser ideologischen Kernüberzeugungen im Pandemieverlauf hin. Geringfügige ideologische Veränderungen, die jedoch nicht statistisch signifikant sind, können laut dem Autor als individuelle Anpassungen an Krisenkontexte, wie etwa durch eine Veränderung der sozialstrukturellen Position, interpretiert werden. Trotz der Stabilität politischer Ideologien im Pandemieverlauf schließt der Autor nicht aus, dass durch die aktuellen Krisen (z.B. Energie- und Inflationskrise, Kriege) Anpassungen des politischen Denkens und politischer Grundüberzeugungen in Zukunft stattfinden könnten.

Der letzte ‚Empirische Einblick‘ von *Markus Kreuzberger und Katharina Stiebler* liefert interessante Einsichten zu den sozialräumlichen Mustern der Verteilung von Verschwörungsmentalität in Österreich. Basierend auf einer differenzierten Messung von COVID-19-spezifischen Haltungen, gelingt es den Autor*innen, mehrere Facetten von Verschwörungsmentalität in Zeiten

von Corona zu beschreiben, die auch graduelle Abstufungen von Impf- und Maßnahmen skeptizismus bis zu einer Anfälligkeit für Verschwörungsmythen abbilden. Durch die Nutzung der Angabe der Postleitzahl der Befragten können „Landkarten“ der Verschwörungsmentalität in Österreich erstellt werden. Diese deuten darauf hin, dass periphere Regionen durch ein höheres Ausmaß an Verschwörungsmentalität und Coronaskepsis geprägt sind. Über einen Index, der den Peripherisierungsgrad der NUTS-3-Regionen abbildet, wurden durchaus starke Zusammenhänge mit der Anfälligkeit für Verschwörungsglaube eruiert. Insofern scheinen differenzierte sozialräumliche Betrachtungen generell wünschenswert, um potentielle Gefühlslagen des Abgehängt-seins und Aspekte der Peripherisierung ländlicher Räume (z.B. Dünkel et al., 2019) stärker in soziologische Analysen zu integrieren.

Da alle Beiträge auf der Values-in-Crisis-Studie (VIC) basieren, ist es zu guter Letzt wesentlich, die Potentiale und Limitationen von Online-Umfragen in Zeiten der Pandemie näher zu reflektieren und über die Aussagekraft unserer Umfrageresultate näher Auskunft zu geben. Daher schließt das Buch mit einem Beitrag zur Untersuchung der Datenqualität von VIC und mit einem methodischen Glossar, um die verwendeten statistischen Analyseverfahren näher zu beschreiben. Der Beitrag zu den methodischen Hintergründen der VIC-Studie wurde von *Dimitri Prandner* und *Alexander Seymer* verfasst und legt dar, wie die Stichprobe für die drei Values-in-Crisis-Umfragen zustande kam und wie sie sich zusammensetzt. Dabei wird gezeigt, dass durch das angewandte Quotenverfahren strukturgleiche Stichproben zur österreichischen Wohnbevölkerung erreicht werden konnten und nur geringe Gewichtungsfaktoren zur Anwendung kommen mussten. Einschränkungen wie die Größe des Online-Access-Panels von Marketagent und daraus resultierende Fragen für die Qualität der Daten werden genauso diskutiert wie das Antwortverhalten. Durch Zeitmessungen konnten auch Schnellausfüller*innen identifiziert werden, bei denen von einer geringeren Datenqualität auszugehen ist. Insgesamt halten die Autoren fest, dass man die Qualität von Umfragedaten immer an den Erhebungsbedingungen und geplanten Analysemöglichkeiten messen muss; daher müssen Forschende immer transparent über den Entstehungskontext der Umfragen und über potentielle Einschränkungen der Datenqualität berichten.

Das abschließende methodische Glossar von *Dimitri Prandner*, *Christopher Etter*, *Christoph Glatz* und *Martin Ulrich* gibt schließlich eine kurze Übersicht über die im Buch verwendeten statistischen Grundbegriffe und Analysen. Ziel dieses methodischen Glossars ist es, weniger methodisch